

Medienscouts

Hamburger Gymnasiasten sollen ihre Mitschüler fit fürs Internet machen. Begriffe wie Facebook oder Twitter seien noch nicht jedem geläufig, so die Initiatoren. An dem Projekt, das bisher 48 000 Euro gekostet hat, beteiligen sich mehrere Schulen. Das Abendblatt frohlockt, ob der Aussage eines Schülers: „Leon war vor einem Jahr eine Woche im Kloster, ohne Handy, ohne Internetzugang. „Das war wie ein Entzug. Über die einzige Zeitung, die es gab, habe ich mich sehr gefreut“, sagt er. Sich schnell einzuloggen und mit Freunden zu chatten sei eben schneller und einfacher, als sie anzurufen oder jeden Tag zu treffen. „Manchmal hält einen das aber auch ganz schön von den Hausaufgaben ab“, sagt Mitschüler Julius.“ (HA 29.8.) Na, denn!

Bleiberecht

Mit einer Initiative will der Hamburger Senat im Bundesrat am 21. September das Ausländerrecht reformieren und es so gestalten, dass unter anderem gut integrierte SchülerInnen künftig leichter ein Bleiberecht erhalten. So soll die bislang vorgeschriebene Wartezeit für die Einbürgerung in Deutschland verkürzt werden.

Truppenbetreuung

Erst bastelten die Grundschüler in Gummersbach Engel für deutsche Soldaten, dann organisierte ihre Lehrerin eine Kooperation mit der Bundeswehr. Die Schutzengel, die Schüler im Unterricht gebastelt haben, machten großen Eindruck an der Front: Die Soldaten im Camp in Masari-Scharif waren so begeistert von der aufmunternden Kinderpost, dass die Lehrerin jetzt eine



Erstmals in Hamburg veröffentlicht. Das Ergebnis aus 507 180 Datensätzen: Der Durchschnittsmensch arbeitet für weniger als 15 000 Euro im Jahr (Mopo v. 12.8.12)

mehrfährige Kooperation mit der Bundeswehr vereinbarte: Die Klasse 2b wird bis zum Ende ihrer Grundschulzeit den Einsatz der deutschen Truppen am Hindukusch begleiten.

Ausbildungsplätze

Trotz des gestiegenen Ausbildungsplatzangebots wird es in Hamburg offenbar immer schwieriger, die Wünsche der jungen Menschen und die Vorstellungen der Betriebe unter einen Hut zu bringen. So die offizielle Lesart. Nach Angaben der Hamburger Agentur für Arbeit seien aktuell immerhin rund 3350 Lehrplätze in der Stadt noch unbesetzt, während gleichzeitig mehr als 2800 Bewerber kurz vor dem Beginn des neuen Ausbildungsjahres noch einen passenden Platz suchten. Des Rätsels Lösung erklärt sich, wenn man den Worten des Vorsitzenden der Geschäftsführung der Arbeitsagentur, Sönke Fock, die richtige Bedeutung beimisst. Der meint nämlich, dass die Ausbildungsbetriebe auch vermeintlich schwächeren BewerberInnen die Chance geben müssten, in einem Vorstellungsgespräch

überzeugen zu können.

Volle Klassen

28 % der 7. Klassen an Stadtteilschulen sind in diesem Schuljahr größer als erlaubt, sie überschreiten die Klassenobergrenze von 25 Schülerinnen und Schülern.

Lehren für den Test

Hamburgs SchülerInnen werden künftig im Lauf ihrer Schulzeit bis zu 19 zentrale Tests mitmachen. Unter dem Namen *Kermit* startet die Schulbehörde eine dauerhafte Testreihe, die die gesamte Schullaufbahn eines Kindes begleiten wird. Die in den Jahrgängen 2 3 5 7 8 und 9 durchgeführten Lernuntersuchungen in bis zu vier Fächern halten auch fest, wo das einzelne Kind steht.

G 8

In einem durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft geförderten Projekt untersuchen Mitarbeiter des Niedersächsischen Instituts für Wirtschaftsforschung (NIW) Hannover die Effekte der Reform des verkürzten Wegs zum Abitur in 8 Jah-

ren. Offenkundig lassen sich die Hauptargumente der Fürsprecher des G8 (höhere Effizienz, kein Leistungsverlust) nicht zweifelsfrei bestätigen. Die Unterschiede

Modell gescheitert?

In der Hamburger Schulbehörde gibt es Überlegungen, die *selbstverantwortete Schule* abzuschaffen. In dieser kön-

haltsentwurf 2013/14 einen Doppelhaushalt vorgelegt, der ein Sparhaushalt mit schwerwiegenden Folgen ist. Obwohl die Steuermehreinnahmen konjunkturbedingt um 380 Mio. € höher liegen als eingeplant war, Entlastungen durch den Bund in dreistelliger Millionenhöhe zu erwarten sind, wird am Ziel, die staatlichen Ausgaben weniger als 1 % pro Jahr bis 2020 steigen zu lassen, stur festgehalten. Tatsächlich schrumpfen so die Mittel, die das Gemeinwesen für Bildung, Verkehr, Soziales und Kultur zur Verfügung hat, in den kommenden Jahren beträchtlich auf Grund der Inflation.

Für den Bildungsbereich betrifft das vor allem das Personal. Zwar sind die unterrichtenden Lehrkräfte vom Personalabbau ausgenommen, überproportional wird dadurch z. B. in der Verwaltung und in der Lehrerfortbildung gestrichen, was die Qualität des Unterrichts verschlechtern wird. Die Ausbildungsqualität wird gesenkt, weil Referendare immer weniger Zeit für ihre Ausbildung haben und immer mehr für Unterricht herangezogen werden, um Lehrer einzusparen.

Verrottende Schulgebäude können nicht in dem Tempo saniert werden, wie das nötig wäre, um die Substanz zu erhalten. Die Träger der Kitas bangen um die Zuweisungen, die sie dringend benötigen, um die Tarifsteigerungen ihrer Beschäftigten bezahlen zu können. Die offene Kinder- und Jugendarbeit wird ebenso zur Ader gelassen wie die Bezirke.

Die Hochschulen müssen- zuletzt den HAW-Knebelverträgen zustimmen, die ihnen reale Etat-kürzungen bis 2020 einbringen, aber wenigstens Planungssicherung dabei versprechen.

„Das alles geschieht, weil der Senat die Einnahmeseite des Hamburger Haushalts für eine Tabuzone erklärt“, so **Klaus Bullan in einer GEW-Presse-erklärung.**



Schnittsverdienst liegt zwar bei gut 47 000, doch weit mehr als 100 000

in den Mathematikleistungen und die verzögerte Studienaufnahme bei den Frauen belegen eher das Gegenteil. Diese negative Einschätzung wird durch die deutlich höhere Zahl von Klassenwiederholungen zusätzlich gestützt.

Überkonfessionell

Entgegen anders lautenden Medienberichten wollen Hamburgs Muslim-Verbände den vertraglich vereinbarten gemischtkonfessionellen Religionsunterricht. „Das Hamburger Modell des gemeinsamen Unterrichts hat sich bewährt“, sagt der Schura-Vorsitzende Yoldas, Sprecher von 43 muslimischen Verbänden der Stadt. Der Religionsunterricht biete die Chance, „von klein auf Respekt vor anderen zu lernen“. Ein getrennter Unterricht dagegen berge die Gefahr, dass man „Klischees und Vorurteile konserviere“, anstatt sich mit den Lebensrealitäten von Andersgläubigen und Atheisten auseinanderzusetzen. Die evangelische Kirche in Hamburg begrüßte den Vertrag.

nen Schulen bekanntlich eigene Lernmethoden entwickeln und sich vor allem auch ihre eigenen Lehrkräfte aussuchen. Doch genau das ist für Stadtteilschulen in Hamburgs Randlagen oder Brennpunkten ein Problem. „Sie finden kein passendes Personal und machen dafür gern die Behörde verantwortlich“, so Senator Ties Rabe im Schulausschuss der Bürgerschaft. Dies müsse sich ändern.

Miese Jobs

39 weitere Grundschulen bieten seit diesem Schuljahr Ganztägige Bildung und Betreuung (GBS) an. Somit nehmen über 7.200 Schüler an mittlerweile 63 Standorten an der kostenlosen Nachmittagsbetreuung teil. Was dabei kaum beachtet wird: Aus der Sicht der Beschäftigten entstehen hier keine tollen Jobs. „Weil die GBS nur am Nachmittag stattfindet, gibt es meist nur Verträge mit 20 Stunden“, berichtet Jens Kastner von der GEW-Fachgruppe Kinder- und Jugendhilfe.

Sparhaushalt

Der Senat hat mit dem Haus-